A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 138 Donnerstag, den 20. November 1930 43. Jahrgang

Amerika und die Kriegsschulden.

Es läßt sich nicht mehr darüber streiten, daß Dr. Schacht den richtigen Weg ging, als er in den Vereinigten Staaten eine Propaganda für die Beseitigung der Reparationen begann. Die Youngabmachungen können nur durch das Entgegenkommen Amerikas beseitigt werden, nur der Verzicht Amerikas auf seine Kriegsschuldforderungen kann die Reparationsmächte bestimmen, ihre Reparationsforderungen zu streichen. Nun hat die Weltwirtschaftskrise weiter den Beweis erbracht, daß es volkswirtschaftlicher Unsinn sei, wenn ein Land Kassierer der gesamten Welt bleibt, alle anderen Länder Zahlungen an ein Land richten, ihre Kaufkraft verringern und in Amerika Milliarden aufgehäuft werden, die dem Weltmarkt fehlen. Diese Erkenntnis liegt so nachdrücklich vor, daß eigentlich kein Wort mehr darüber zu verlieren ist. Nun müßte man annehmen, daß in den Vereinigten Staaten alles getan wird, um die Weltwirtschaftskrise zu beseitigen, daß heißt, daß die einfließenden Gelder entweder außerordentlich billig auf den Geldmarkt ausgeschüttet werden oder auf diese Einnahme ohne Gegenleistung überhaupt verzichtet wird.

Interessant ist es, aus den vorliegenden Aeußerungen maßgebender Amerikaner sich ein Bild von der wahren Auffassung in den Vereinigten Staaten zu machen. Es schaut nicht so aus, als ob Amerika in naher Zeit einen Finger rührt, um den weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten nachzukommen; denn die amerikanische Politik habe sich nach Ansicht der amerikanischen Wirtschaftsführer ein für allemal festgelegt. Präsident Hoover erklärte, Amerika denke nicht daran, auf seine Kriegsschuldforderungen zu verzichten und dadurch die Reparationsfrage neu in Fluß zu bringen. Und wie der Präsident, so vertreten auch der amerikanische Senat und das Repräsentantenhaus die Auffassung, wie sie vom Präsidenten skizziert wurde. Die Politik wird demnach ihre Stellung nicht eher ändern, bis entweder eine europäische Wirtschaftskatastrophe eine andere Auffassung aufdrängt oder die Neuwahl eines Präsidenten eine andere Richtung gebietet. Von der amerikanischen Politik, die sich zudem in die europäischen Verhältnisse einmischen will, haben wir keine Unterstützung zu erwarten.

Dagegen nimmt die amerikanische Industrie eine andere Stellung ein. Sie hat bereits erkannt, daß die Ueberfättigung Amerikas mit Geld die Kaufkraft der Welt beeinflussen müsse, und sie sagt sich, es wäre besser, Amerika könnte auf die Forderungen an Frankreich, England, Italien, Belgien verzichten, um die Welt kaufkräftiger auch für die amerikanische Produktion zu machen. Doch haben diese Erkenntnisse auf die Politik bisher keinen Einfluß gehabt und werden auch keinen Einfluß erlangen, so daß von Amerika in absehbarer Zeit nichts zu erwarten ist. Es hat aber den Anschein, als ob die amerikanische Industrie die deutsche Propaganda auf ein Moratorium und eine Revision der Reparationen fördert, dahin fördert, daß zunächst wenigstens in Europa die Frage spruchreif wird und sich bis zur Einberufung einer Konferenz verdichtet. Dann, meint man, werde die amerikanische Regierung eine Einladung zur Teilnahme nicht ausschlagen, wenn auch nicht gesagt werden kann, wie sie sich schließlich verhalten werde.

Es ist gut, wenn man diese Anschauungen Amerikas kennen lernt, denn sie lehren uns, daß wir noch viel zu tun haben, und welcher Weg einzuschlagen ist. Jedenfalls müssen wir erkennen, daß kein Grund zu großem Optimismus vorliegt und es besser ist, abzuwarten und weiterzuarbeiten, als Gewaltmaßnahmen zu propagieren. Letzten Endes ist und bleibt Amerika das Land, das zunächst seine Auffassung ändern muß, der Kassierer, der zu erkennen geben muß, daß er genug Geld besitzt und es für ratsam hält, wenn die europäischen Länder nicht weiter von Mitteln entblößt werden, die ganz unproduktiv sind und die die Wirtschaft ankurbeln könnten. Man hat immer von dem großen Einfluß der amerikanischen Industrie auf die amerikanische Regierung gesprochen. In der Schuldenfrage zeigt sich, daß die Industrie gegen einmal gefaßte Beschlüsse ohnmächtig ist. Und wieder müssen wir erleben, daß die amerikanische Politik wohl die stabilste Politik der Welt ist. Denn einmal gefaßte Beschlüsse, einmal erlassene Proklamationen bleiben unabänderlich. Es gibt keinen Präsidenten, der sich selbst korrigiert, kein Parlament, das sich gegen den Präsidenten auflehnt und plötzlich zu einer anderen Einstellung kommt. Dabei ist durchaus nicht gesagt, daß die amerikanische Politik die wahren Ursachen der Weltwirtschaftskrise nicht sieht.

Amerikaner raten selbst, Deutschland müsse die Trommel rühren, müsse versuchen, in Europa Erfolg zu haben, dann werde allmählich die Stimmung in Amerika beeinflußt. Es dürfte daher nicht falsch sein, wenn wir unsere Forderung auf Revision der Reparationen immer weiter betonen. Dabei können wir uns auch klar werden und müssen es auch zugeben, daß alle Parteien und Richtungen in Deutschland das gleiche wollen. Bei diesen oder jenen mag die Art der Propaganda übers Ziel schießen. Der Wille und die Einsicht, daß Deutschland von den Reparationslasten befreit werden muß, allein ist maßgebend, und dieser Wille sollte die Tragkraft haben, daß er selbst die sturre amerikanische Politik einmal beeinflussen kann.

Neuordnung Europas.

Das Programm der Revisionsbewegung.

Budapest, 19. November.

Ueber die Ziele der ungarischen Revisionsbewegung veröffentlicht deren Führer Géza Lukas nunmehr eine programmatische Erklärung, der im Zusammenhang mit dem Verlauf der außenpolitischen Aussprache in der französischen Kammer und dem Gang der Verhandlungen auf der gegenwärtig tagenden Genfer vorbereitenden Abrüstungskonferenz besondere Bedeutung zukommt. Die Erklärung besagt:

Der Friede Europas ist durch die Friedensverträge von Versailles, Trianon, Neuilly und St. Germain nicht gewährleistet.

Kein europäischer Staatsmann hat diese Tatsache in beredteren Worten festgestellt als der französische Außenminister Briand. Seine bekannte Denkschrift macht den europäischen Völkern den Vorschlag, sich zu einigen und zu verständigen. Damit hat der Leiter der französischen Außenpolitik zugegeben, daß die großen Gegensätze, die die Völker Europas voneinander trennen, trotz der Verträge, trotz des Völkerbundes und trotz des Kriegsächtungspaktes nicht ausgeglichen sind. Diese Tatsache bildet auch die Grundlage der Bestrebungen der Revisionisten. Die Revisionisten sind der Meinung, daß die seinerzeit von Wilson versprochene Freiheit so wenig wie dem einzelnen Individuum, so wenig auch den Völkern durch Kongresse oder einzelne Machthaber versprochen werden kann. Ein Kongreß kann nur die Wege zu diesem Ziele ebnen, und diese hohe Aufgabe hätte einer neuen Friedenskonferenz zuzufallen, die von den Anhängern des Revisionsgedankens erstrebt wird.

Das zerstreutene Europa ruft nach internationaler Ordnung, die Staaten rufen nach nationalem Aufbau. Die Fesseln unnatürlichen Staatsbildungen drohen zu zerspringen.

Die Erstarkung des Staatsgedankens auf nationaler Grundlage und die dieser Grundlage entsprechende Politik realer Interessenverfolgung ist der Weg, den die Staaten bei der Anknüpfung internationaler Beziehungen zu gehen haben. Als man den Völkern Europas den Frieden versprach, versprach man ihnen auch politische Sicherheit und nationale Selbständigkeit. Auch diese Versprechungen blieben auf dem Papier. Das Hauptziel der Souveränitätsbestimmung eines Gebietes sollte die nationale Sicherheit sein, die im Leben eines Staates dieselbe führende Rolle spielt wie das Prinzip der Selbsterhaltung im Leben des Individuums. In dem Kampf um die nationalen Grenzen wird uns ein fundamentaler Grundsatz leiten, wonach

Länderbesitz, der sich vor den Gesetzen der Natur und den Zwecken einer planmäßig sich gestaltenden Welt nicht rechtfertigen läßt, auf die Dauer nicht zu halten

ist. Die heutige geographische Einteilung Europas läßt sich vor diesem Grundsatz nicht rechtfertigen. Setzt man aber die nationale Sicherheit als den ausschlaggebenden Faktor bei der Regelung territorialer Fragen als gegeben an, so wird nur durch Verwirklichung dieses Grundsatzes auch die Frage der strategischen Sicherheit zu lösen sein. Die Sicherheit aller einzelnen europäischen Nationen wiederum ist die Grundlage der allgemeinen Sicherheit der europäischen Ordnung.

Darum wird die Hauptaufgabe eines neuen Friedenskongresses in der Herstellung des europäischen Gleichgewichts liegen.

Das System des Gleichgewichts der Kräfte konnte, solange es bestand, Kriege verhindern; nur durch seine Zerstörung werden Kriege möglich. Solange sich die europäischen Machtverhältnisse nicht im Gleichgewicht befinden, wird stets eine geheime Tendenz gegen das Monopol von Einfluß und Herrschaft, dessen sich eine Machtgruppe bemächtigt hat, die herrschende Stimmung unter den übrigen Nationen sein.

Die badischen Wahlen.

Große nationalsozialistische Gewinne.

Karlsruhe, 18. November.

Die Kommunalwahlen in Baden sind überall ohne Zwischenfälle verlaufen. Während in den großen Städten die Wahlbeteiligung nicht weit über 50 Prozent hinausgekommen ist, beträgt sie in einigen mittleren Städten und auf dem flachen Lande bis zu 72 Prozent.

Die Gewinnenden in diesem Wahlkampf sind fast ausschließlich die Nationalsozialisten und der Evangelische Volksdienst. Im allgemeinen haben infolge der geringen Wahlbeteiligung alle Parteien gegenüber den letzten Reichstagswahlen einen Stimmenverlust zu verzeichnen, der sich am empfindlichsten bei den bürgerlichen Mittelparteien und den Deutschnationalen auswirkt.

Das Zentrum hat sich gehalten. Auch die Wirtschaftspartei hat im allgemeinen nicht ungünstig abgeschnitten mit Ausnahme von Freiburg, wo sich die Zahl ihrer Sitze im Bürgerausschuß von 14 auf 5 verminderte. Schwere Verluste haben zum Teil die Sozialdemokraten zu verzeichnen, so in Mannheim rund 10 000 Stimmen (fast 30 Prozent) und in Karlsruhe etwa 9000 Stimmen (über 40 Prozent) bei einer Verminderung der Stadtverordnetensitze von 24 auf 18.

Auch Mecklenburg wählte.

Gewinne der bürgerlichen Parteien.

Rostock, 17. November.

Die Kommunalwahlen in beiden Mecklenburg haben ein beträchtliches Ansteigen der bürgerlichen Mandate gebracht. Auch die Nationalsozialisten konnten neue Erfolge erringen. Ein leichter Rückgang ist bei den Sozialdemokraten festzustellen.

So sind z. B. in Schwerin die Ziffern der Sozialdemokraten von 9003 auf 7848 zurückgegangen. In Schwerin werden die Nationalsozialisten die stärkste Fraktion der Rechten mit 6513 gegen 3133 Stimmen bei den Reichstagswahlen im September.

In Rostock zeigt sich bei den Sozialdemokraten ebenfalls ein Mandatsverlust von drei Abgeordneten, während die Nationalsozialisten, die bisher im Stadtparlament nicht vertreten waren, mit 15 Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlung einziehen. Bei den letzten Reichstagswahlen wurden für die Nationalsozialisten 8175 Stimmen abgegeben, bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen 9280.

In Wismar gewannen die Sozialdemokraten annähernd 600 und die Nationalsozialisten rund 800 Stimmen, während die bürgerlichen Parteien eine entsprechende Einbuße erlitten.

Volkstagswahl in Danzig.

Danzig, 18. November.

Am Sonntag fanden bei starker Beteiligung die Wahlen zum Danziger Volkstag statt, die ohne Zwischenfall verliefen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 85 Prozent.. Die Nationalsozialisten können auf Kosten der übrigen Parteien einen beträchtlichen Stimmenzuwachs verzeichnen.

Unter Berücksichtigung der Herabsetzung der Zahl der Mandate von 120 auf 72 im neuen Volkstag haben die einzelnen Parteien folgende Mandatsgewinne bzw. -verluste zu verzeichnen (die Zahlen in den Klammern geben die für den verkleinerten Volkstag nach dem Ergebnis von 1927 umgerechneten Mandatsziffern an):

	1927:	1930:
Sozialdemokraten	42 (25)	19 (— 6)
Deutschnationale	25 (15)	10 (— 5)
Zentrumspartei	18 (10,8)	11 (+ 0,2)
Kommunisten	7 (4,2)	7 (+ 2,8)
Nationalliberale Bürgerpartei	7 (4,2)	2 (— 2,2)
Deutsch-Danziger Wirtsch.-Part.	6 (3,6)	3 (— 0,6)
Deutschliberale	4 (2,4)	1 (— 1,4)
Bürgerl. Arb.-Gem. (Beamtenp.)	3 (1,8)	2 (+ 0,2)
Polen und Pol.-Kath. Partei	3 (1,8)	2 (+ 0,2)
Mieter	1 (0,6)	0 (— 0,6)
Fischer	1 (0,6)	0 (— 0,6)
Nationalsozialisten	1 (0,6)	12 (+ 11,4)
Eisenbahner	—	1 (+ 1,0)
Christl. Volksp. (Zentrumsplitter)	—	— —
Deutsche Volksgem. (Stadtliste)		
dtn. Splitter	—	— —
Deutsche Volkgem. (Landliste)		
dtn. Splitter	—	2 (+ 2,0)

Der neue polnische Sejm.

52 Stimmen absolute Mehrheit für Pilsudski.

Warschau, 19. November.

Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Endergebnis der Sejmwahl wird sich das Warschauer Parlament künftighin wie folgt zusammensetzen: Pilsudski-Block 248 Sitze, Demokratischer Linksblock 80, Christliche Demokraten 14, Nationaldemokraten 64, Ukrainer 21, Deutsche 5, Juden 7, Kommunisten 5 Sitze.

Die deutsche Liste hat in folgenden Wahlkreisen je ein Mandat behauptet: Königshütte, Kattowitz, Teschen, Samter und Bromberg. In folgenden Kreisen ist je ein Mandat verlorengegangen: Königshütte, Kattowitz, Teschen, Gnesen, Bromberg, Dirschau, Graudenz, Thorn, Wloclawek, Konin, Lodz-Land, Lemberg-Land. Dies bedeutet also, daß fünf Bezirksmandate behauptet und zwölf verlorengegangen sind. Ohne Berücksichtigung der brutalen Wahlbedingungen muß der Umstand in Betracht gezogen werden, daß ja die deutsche Liste in den Kreisen Graudenz und Wloclawek wegen irgendwelcher sogenannter formaler Verstöße gar nicht zugelassen worden ist. Die beiden Mandate auf der Staatsliste mußten natürlich auch verlorengehen, weil ja die erforderliche Grundzahl von sechs Bezirksmandaten nicht erreicht worden ist. Die beiden in Lodz gewählten deutschen Sozialisten, die früher als Hospitianten auf den Bänken bei den polnischen Sozialisten saßen, haben ihre Mandate verloren.

Kein Rückgang des Deutschtums.

In Berlin wird das Ergebnis der Wahlen in Polen naturgemäß lebhaft besprochen. Nach dem den Wahlen vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301120-16/fragment/page=0001

angegangenen Terror ist hier mit einem erheblichen Mandatsverlust der Deutschen gerechnet worden. Das schließliche Ergebnis hat aber, wie ohne weiteres zugegeben wird, die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Es muß indessen betont werden, daß die Zahl der deutschen Stimmen in den abgetretenen Gebieten sich nicht wesentlich verändert hat. Ohne den unglaublichen Wahlterror der Polen wären wahrscheinlich noch höhere Ziffern herausgekommen als bei den früheren Wahlen. Für die Mandatsverteilung ist darüber hinaus noch von Bedeutung gewesen, daß der Wahlkoeffizient in den abgetretenen Gebieten etwas höher gewesen ist als bei den letzten Wahlen, so daß die Deutschen, die in verschiedenen Bezirken bei den letzten Wahlen ein oder zwei Mandate erhielten, auf Grund des höheren Wahlkoeffizienten diesesmal leer ausgegangen sind.

Jedenfalls steht fest, daß die polnischen Wahlen nach Berliner Auffassung kein Zeichen dafür sind, daß das Deutschtum in Polen zurückgegangen ist.

Dr. Scholz zurückgetreten.

Er empfiehlt Dingeldey als Nachfolger.

Berlin, 19. November.

Dr. Scholz ist nunmehr von dem Amt des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei und dem des Fraktionsführers zurückgetreten. Die Abgeordneten Dingeldey und Dauch, die in den letzten Tagen bei Dr. Scholz in Locarno weilten, haben den Rücktrittsentschluß nicht umzustoßen vermocht.

Der Hauptgrund des Rücktritts liegt in dem Gesundheitszustand des bisherigen Parteiführers, der sich in der letzten Zeit weiter verschlechterte. Dr. Scholz ist vor einem Jahre wegen eines schweren Darmleidens operiert worden. Dieses hat sich jetzt erneut eingestellt. Dr. Scholz hat deshalb in einem Brief mitgeteilt, daß er seine Aemter in der Parteiführung niederlegen müsse. Er füge hinzu, daß der Entschluß ihm erleichtert werde, weil die Partei bei ihren letzten Tagungen eine vollkommene Geschlossenheit gezeigt habe und er seinen Freund Dingeldey als geeigneten Nachfolger empfehlen könne.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei rechnet man damit, daß der Zentralvorstand, der am 30. November und 1. Dezember in Berlin tagt, den Abgeordneten Dingeldey an die Stelle von Dr. Scholz wählen wird.

Gehaltskürzung schon ab 1. Februar.

Schwierige Etatverhandlungen im Reichsrat.

Berlin, 19. November.

Die Vereinigten Reichsratsausschüsse haben in 2. Lesung das Haushaltsgesetz und den Reichsetat für 1931 erledigt. Nach schwierigen Verhandlungen erklärte sich die Reichsregierung einverstanden, den Ländern für die Kürzung der Ueberweisungen um 100 Millionen Mark, die im Hinblick auf die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden vorgesehen ist, einen Ausgleich zu gewähren. Für einen Betrag von 50 Millionen Mark werden ihnen im Reichsbesitz befindliche Reichsbahnvorzugsaktien übereignet.

Die Tragung der restlichen 50 Millionen soll ihnen dadurch ermöglicht werden, daß die für drei Jahre vorgesehene 6prozentige Gehaltskürzung der Beamten schon am 1. Februar 1931 beginnen und entsprechend mit dem 31. Januar 1934 außer Kraft treten soll. Ab 1. Februar 1931 wird die Reichshilfe der Beamten auf die Gehaltskürzung angerechnet.

Schwierigkeiten der Wirtschaftskonferenz.

Große Gegensätze. — Wenig Erfolgsaussichten.

Genf, 19. November.

Auf der europäischen Wirtschaftskonferenz lehnte der Vertreter der französischen Regierung, Cibel, den Vorschlag der Engländer, zunächst über die Herabsetzung der Zollsätze für Maschinen und Textilien zu verhandeln, ab. Die französische Regierung sei entschlossen, ihren gegenwärtigen Zolltarif aufrechtzuerhalten. In Frankreich seien bereits Anzeichen der allgemeinen schweren Wirtschaftskrise festzustellen.

Ministerialdirektor Dr. Posse brachte sodann den Standpunkt der deutschen Regierung zum Ausdruck. Er erklärte, die französischen Ausführungen hätten ihn zunächst an den fatalen Dreiklang, der bereits auf anderen Gebieten angewandt würde — Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung —, erinnert. Die außertarifischen Fragen müßten weiter durch die Wirtschaftsorgane des Völkerbundes geprüft werden. Ministerialdirektor Posse empfahl, zunächst die englischen Vorschläge in einem Unterausschuß zu erörtern. Wenn man gegenwärtig die reinen Tarifragen den außertarifischen Fragen unterordne, so bestehe die Gefahr, daß die englische Regierung von ihrem bisherigen Freihandelssystem abrücke und zu protektionistischen Methoden übergehe. Dies würde jedoch von schädlicher Wirkung für die gesamte europäische Wirtschaft sein. Es wäre deshalb notwendig, der englischen Regierung entgegenzukommen.

Der rumänische Handelsminister Manoilescu beantragte die Einberufung einer internationalen Konferenz zur besseren Verteilung der Kredite und zur Regelung der Agrarkreditfragen. Der Vertreter Hollands bezeichnete die Tätigkeit des Völkerbundes auf wirtschaftspolitischem Gebiete als erfolglos. Eine weitere Verschärfung der protektionistischen Tendenzen würde die holländische Regierung zwingen, die Verhandlungen der gegenwärtig behandelten Fragen abzubrechen.

Inkraftsetzung der Handelskonvention vertagt.

Im übrigen hat die Wirtschaftskonferenz die Frage der Inkraftsetzung der Handelskonvention zunächst einmal vertagt. Angesichts der geringen Anzahl von Ratifizierungen, die bis jetzt eingegangen sind, kam man überein, den ursprünglich auf den 1. November festgesetzten Termin für den Eingang der Ratifikationsurkunden bis zum Januar zu verschieben.

Justizministerkrise in Frankreich.

Raoul Peret zurückgetreten. — Chéron Nachfolger.

Paris, 19. November.

Der Justizminister im Kabinett Tardieu, Raoul Peret, ist zurückgetreten. Ministerpräsident Tardieu hat Senator Chéron das Portefeuille des Justizministeriums angeboten. Dieser hat das Angebot angenommen.

Die Demission des Justizministers Raoul Peret ist unerwartet gekommen, denn in politischen Kreisen hat man angenommen, daß, nachdem die Kammer nach Beendigung der Debatte über die Finanzkrise und über den Zusammenbruch der Bank Oustric mit einem Vertrauensvotum endete, die Finanzangelegenheit vorläufig als erledigt angesehen werden dürfte. Raoul Peret wird vorgeworfen, daß er vor vier Jahren als Finanzminister an dem Abend, an dem das Kabinett, dem er angehörte, gestürzt wurde, die Zulassung der Aktien der italienischen Kunstseidengesellschaft Snia Viscosa, die Oustric kontrollierte, zur Pariser Börse unterzeichnete. Nach seiner Demission soll Raoul Peret Rechtsbeirat von Oustric mit einem ziemlich hohen Jahresgehalt gewesen sein. Die Opposition behauptet nun, daß der frühere Kammerpräsident Raoul Peret durch seine Tätigkeit als Justizberater der Bank Oustric ein gewisses Relief gegeben und dadurch einen Teil der Spekulationen, durch die Hunderte von Millionen für die französischen Kleinsparer verlorengegangen sein sollen, Vorschub geleistet habe. Peret galt als ein ziemlich aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge des Präsidenten der Republik, Doumergue. Es ist auffällig, daß der Finanzminister, der dem voraufgegangenen Kabinett Tardieu angehörte und von dem sich Tardieu trennen mußte, nämlich Chéron, ein Senator, der der Fraktion Poincaré angehört, Nachfolger Raoul Perets als Justizminister im jetzigen Kabinett Tardieu geworden ist.

Pilsudski borgt bei Kreuger.

Das polnische Zündholzmonopol wird verlängert.

Warschau, 19. November.

Zwischen dem Finanzministerium einerseits und der Organisation für die Ausnutzung des Zündholzmonopols in Polen sowie der Svenska Tändsticks AB. andererseits wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach das Pachtmonopol für die Zündholzerzeugung um 20 Jahre bis zum Jahre 1965 verlängert wird. Im Zusammenhang damit wird die schwedische Gesellschaft eine neue 6 prozentige Anleihe im Betrage von 32 400 000 Dollar zum Emissionskurs von 93 Prozent gewähren.

Aus dem In- und Auslande.

Zeitungsverbote.

Berlin, 18. November. Die nationalsozialistischen Blätter Strasserscher Richtung „Der nationale Sozialist" einschließlich des Kopfblattes „Sächsischer Beobachter" und die „Berliner Arbeiterzeitung" sind auf die Dauer eines Monats bis einschließlich 15. Dezember verboten worden, weil der in diesen Blättern veröffentlichte Artikel „Letzte Verschärfung" die Sprengstoffattentate der Jahre 1928 und 1929 verherrlicht und ausdrücklich billigt.

Urteil im ersten Franzen-Prozeß.

Braunschweig, 18. November. Die vierte Zivilkammer des Landgerichts verkündete in der Hauptverhandlung der Einspruchsklage des Verlages und der Schriftleitung des „Volksfreund" gegen die einstweilige Verfügung des nationalsozialistischen Ministers Dr. Franzen das Urteil. Es lautet: Die einstweilige Verfügung wird mit einigen Abänderungen aufrechterhalten. Sofern eine beleidigende Form unterbleibt, dürfen die Antragsgegner auf die besagten Berliner Vorgänge zu sprechen kommen. Die Kosten fallen dem Antragsgegner zur Last.

Missionsstation in China überfallen.

London, 18. November. Die Missionsstation der Lazaristen in Hangtschungfu, im Westen der Provinz Schansi, ist von chinesischen Banden geplündert worden. Es gelang den Missionaren, einem italienischen Bischof, drei Geistlichen und sechs Nonnen, zu entfliehen. Ueber ihr Schicksal ist nichts weiter bekanntgeworden.

Kleine politische Meldungen.

Französische demokratische Volkspartei für Tardieu. Die Jahresversammlung der französischen demokratischen Volkspartei (Gruppe des Pensionsministers de Ribes) beschloß, die Regierung Tardieu weiter zu unterstützen. Die Partei tritt für die Unverletzbarkeit der Verträge und die moralische Abrüstung als wesentliche Bedingungen für die französische Sicherheit ein.

Der Machtkampf der Sowjets. Nach Meldungen aus Moskau hat die OGPU. in Charkow eine Organisation aufgedeckt, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, Propaganda gegen die Sowjets zu treiben. Insgesamt wurden 60 Personen verhaftet. Der Prozeß soll Anfang Januar stattfinden. Es werden mehrere Todesurteile erwartet.

Vertrauensvotum für die türkische Regierung. Das türkische Parlament hat der Regierung mit 215 gegen 10 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die Abstimmung erfolgte auf Grund eines Antrages des Führers der Opposition Fethi Bey, der der Regierung Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen vorwarf.

Irakvertrag ratifiziert. Die Abgeordnetenkammer des Irakstaates ratifizierte den neuen englisch-irakischen Vertrag mit 69 gegen 13 Stimmen. Daraufhin ratifizierte der Senat ebenfalls diesen Vertrag mit 11 gegen 5 Stimmen.

Zuchthausurteile in Indien. In Jullundur wurden drei Inder wegen revolutionärer Umtriebe zu Zuchthausstrafen von fünf bis zehn Jahren verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Unhaltende Besserung im Befinden Hamaguchis. Dem letzten Krankheitsbericht zufolge hält die Besserung im Befinden des bei dem Revolverattentat schwer verletzten Premierministers Hamaguchi an.

Die Lage in Peru. Nach einem Telegramm aus Lima ist die Lage in den peruanischen Kupferbergwerken weiter sehr gespannt. In Lima ist alles ruhig. Das Standrecht ist noch in Kraft. Die Truppen verbleiben weiter in den gefährdeten Gebieten.

Aus der Umgegend

Nebra, 20. November.

— Wer möchte ein Eigenheim? Jeder Leser, der noch kein solches hat, wird bei dieser Frage blitzschnell den Arm hochheben und begeistert ausrufen: „Ich!" — „Aber", wird er nachdenklich weiter sagen: „Woher das Geld dafür nehmen?" — Diese Angelegenheit beantwortet ein Vortrag, der am **Freitag**abend im Schützenhaus gehalten wird. Jeder, der seinen Kindern ein Vaterhaus hinterlassen will, welches die Liebe zur Heimat fördert wie kein weiteres Bemühen, der komme, höre zu und überlege, ob die Erfüllung dieses sehnlichsten Wunsches seiner Familie ihm vielleicht doch möglich ist. Wir weisen noch auf die Einladung in vorliegender Nummer hin.

— Mandatsniederlegung. Der Provinzial-Landtagsabgeordnete Landrat a. D. Freiherr v. Wilmowski, Vorsitzender des Landbundes der Provinz Sachsen, der bei der Wahl im vorigen Jahre auf der Liste der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkreis Merseburg gewählt worden ist, hat sein Mandat als Landtagsabgeordneter niedergelegt.

— Eine Polizeiverordnung über das Plakat- und Anschlagwesen. Vom Regierungspräsidenten ist eine Polizeiverordnung erlassen, die das Anbringen von Plakaten jeder Art an Häusern (sofern nicht die Erlaubnis des Eigentümers vorliegt), elektrischen Masten usw. verbietet und Zuwiderhandlungen unter Strafe stellt. Ebenso ist das sonstige Beschreiben und Beschmieren von Häusern, Mauern, Bürgersteigplatten usw. verboten und unter Strafe gestellt worden.

— Der Bartholomäusmarkt in Wiehe im Jahre 1931 ist in sämtlichen Kalendern irrtümlich auf den 20. August festgesetzt. Es ist dies falsch. Der Markt findet in Wirklichkeit **am 25. und 26. August** statt. Welche Stelle dies unliebsame Versehen verschuldet hat, ist noch nicht festgestellt. Also auch Kalendermacher können sich irren.

— Vereinigte Thüringer Brauereien Akt.-Ges., Artern. Am 14. ds. Mts. fand in Artern unter Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden, Bankier Büchner, die Aufsichtsratssitzung statt. Aus dem Bericht des Vorstandes ergab sich, daß infolge der außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnisse der Absatz im abgelaufenen Geschäftsjahre sich gegenüber dem Vorjahre nicht voll aufrecht erhalten ließ. Die gemiedene Kaufkraft des großen Publikums, bedingt durch die abnorme Arbeitslosigkeit und die kühlen Witterungsverhältnisse im Sommer 1930, haben sich im Absatz naturgemäß ausgewirkt. Der technische Ausbau der Brauerei ist weiter durchgeführt und auch der Automobilpark ist vervollkommnet worden. Nach Abschreibungen in vorsichtiger Höhe steht der Generalversammlung ein Reingewinn von ca. 138 000,— RM. zur Verfügung, so daß die Verwaltung wieder eine Dividendenausschüttung von 10 Prozent, wie im Vorjahre, vorschlagen kann. Die Generalversammlung wird am 12. Dezember, nachm. 5 Uhr wie üblich im Hotel „Zur Krone" in Artern stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen lediglich die Regularien.

Wiehe. Zu dem von der Presse Anfang September 1930 erörterten Waffenfund im Wetzelsdahn-Revier wird mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft in Naumburg a. S. die Sache gemäß § 86 St. G. B. (Vorbereitung zum Hochverrat) an den Herrn Oberreichsanwalt in Leipzig abgegeben hat.

Schönewerda, 16. Nov. Bei der am Sonnabend abgehaltenen Riedjagd wurden 165 Hasen von 12 Schützen geschossen. Dies gute Ergebnis ist die Folge davon, daß die Pächter im vorigen Jahre im Riedgebiet keine Hasen abgeschossen haben.

Allstedt. [Reiterfestspiele.] Der Vorstand des Turnervereins hat in seiner Sitzung vom 12. November beschlossen, am Sonntag vor Pfingsten eine große Veranstaltung unter dem Namen „Allstedter Reiterfestspiele" abzuhalten. Die Veranstaltung soll auf dem Allstedter Schloßanger abgehalten werden, mit Unterstützung des Reitervereins und der Reiter der ganzen Umgebung.

Laucha. Bahnhofswirt Nölkensmeier übernimmt in den nächsten Tagen die Bewirtschaftung des Bahnhofs Werl in Westfalen. Dieser Ort ist Soolbad und hat ca. 9 000 Einwohner. Die Lauchaer Bahnhofswirtschaft ist Herrn Fritz Münkmer, jetzt Oberkellner am Naumburger Bahnhof, übertragen worden.

Naumburg. Etwas hitzig war bei den Stadtverordnetenwahlen in Freyburg a. U. der Arbeiter P. N. geworden, denn er war soweit gegangen, zu seinen Genossen von der kommunistischen Partei inbezug auf den Abgeordneten Hinkler zu sagen: „Genossen, hier steht der Mann, der gestern unsere Wahlplakate heruntergerissen hat, der Arbeitermörder, holt ihn euch, schlagt den Hund tot." Die Folge dieses Aufrufs war eine Anzeige und Verurteilung des Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis durch das hiesige Schöffengericht. — Wegen Verunreinung im Amte als Steuerertheber wurde ferner der Mühlenbesitzer M. Tsch. aus Rothenschirmbach zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Zum Kauf eines Siedlungshauses, das 5300 RM kosten sollte, hatte er eine Hypothek von 3400 RM erhalten, sodaß ihm nur noch 1900 RM fehlten. Nun hat er aber in den von ihm geführten Kassen einen Betrag von etwa 6000 RM unterschlagen, über dessen Verwendung er keine Aufklärung erbringen konnte.

Stassfurt. Das notleidende Leopoldshall. Das Nachbarstädtchen Leopoldshall, dem es früher durch seine Kaliindustrie wirtschaftlich sehr gut ging, hat jetzt, da jegliche Industrie darniederliegt, eine schwere Krisis durchzumachen. Gegen 14 Ortsarme 1913 hat das 7500 Einwohner zählende Städtchen jetzt 150 Personen zu versorgen. Die Wohlfahrtslasten haben eine solche Höhe angenommen, daß ein finanzieller Zusammenbruch unausbleiblich sein dürfte.

Hohenmölsen. Die Leichenhalle als Diebeslager. In einem unbenutzten Bodenraum der Leichenhalle wurde bei Ausbesserungsarbeiten ein Diebeslager entdeckt, bestehend aus Kissen mit Kaffee. Das gestohlene Gut stammt von der Beraubung eines Güterwagens der Reichsbahn.

Gera. Großfeuer. In Untitz brach ein Brand aus, der in kurzer Zeit das alte Gemeindehaus, das jetzt von drei Familien bewohnt wird, in seinem obersten Teil vollständig vernichtete. Der Brand brach so plötzlich aus, daß die Bewohner in der Morgenkühle unbekleidet aus den Betten ins Freie flüchten mußten. Der Wehren gelang es, die umliegenden Gehöfte zu schützen. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Jessen. Im Zusammenhang mit der Meldung über Vorarbeiten im Preußischen Innenministerium zum Zweck der Zusammenlegung kleiner Landkreise läßt sich die „Jessener Zeitung" aus Berlin berichten, daß sich ein Referentenentwurf, als dessen Verfasser der Ministerialdirektor Dr. von Leyden genannt werde, auch mit einer Neuregulierung der Provinz Sachsen beschäftige. Vor allem werde eine Auflösung des Kreises Schweinitz ernstlich in Erwägung gezogen, weil dieser Kreis eine außerordentlich unglückliche geographische Lage habe. In parlamentarischen Kreisen rechne man damit, daß noch im Laufe des Winters eine entsprechende Vorlage an den Preußischen Landtag gelangen werde.

Aus Nah und Fern.

Thale. Boykottschechischen Biers. Der hiesige Gastwirteverein beschloß in seiner letzten Sitzung, in Thale und Umgebung tschechisches Bier nicht mehr zum Ausschank zu bringen, solange in der Tschechoslowakei die deutschfeindliche Propaganda anhalte.

Herzberg a. Elster. Schwerer Hochwasserschaden. Die Hochwasserwelle ist überall im Schwinden begriffen. Die Wiesenvorländer liegen größtenteils wieder frei. Infolge des Schlamms und des Schmutzes, den die Elster durch die Abwässer der Kohlengruben mit sich führt, gleichen die früher grünen Grasnarben nur noch einem einzigen braunen Sumpf. Die Wiesen sind stellenweise verloren, da das Gras versäuert.

Marienborn b. Helmstedt. Versteigerung eines Rittergutes. Das hiesige sehr schön gelegene, über 2000 Morgen große Rittergut kam vor dem Amtsgericht in Erxleben zur Versteigerung. Das höchste Gebot machte die Firma Junge & Co. in Alleringersleben mit 84 867,89 RM. Falls das Gelände nicht für Siedlungszwecke aufgekauft werden sollte, geht das Rittergut am 1. Januar in den Besitz der Firma Junge & Co. über.

Berlin. Deutscher Versuchspostflug Konstantinopel—Bagdad. Im Zusammenhang mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301120-16/fragment/page=0002

Luftpostfrachtstrecke Berlin-Wien-Konstantinopel ist auf Veranlassung des Reichsverkehrsministers und des Reichspostministers durch die Deutsche Lufthansa ein Versuchsflug von Konstantinopel nach Bagdad am 17. 11. 1930 erfolgreich durchgeführt worden. Die Luftpostsendungen wurden, soweit sie für Persien bestimmt waren, in Bagdad an das von Junkers betriebene persische Luftverkehrsnetz übergeben.

Potsdam. Blutiger Zwischenfall auf einem Trinkgelage. Die polnischen Schnitter des Gutes Satzkorn feierten aus Anlaß der Beendigung der Arbeit und der Rückkehr in die Heimat ein großes Gelage, in dessen Verlauf es zu einer Prügelei zu kommen drohte. Der Schnitter Stephan versuchte, mit einem Revolver Ordnung zu schaffen. Als er die Waffe zog, ergriff sein Nachbar eine leerstehende Bank und schlug sie ihm über den Kopf, daß er zusammenbrach. Der am Boden Liegende erhielt dann noch einige Messerstiche. Er wurde schwerverletzt in das St. Josephs-Krankenhaus nach Potsdam gebracht. Drei Schnitter wurden verhaftet.

Neuhausen. Selbstmordversuch eines von der Polizei gestellten Mannes. In Neuhausen wurde von der Gendarmerie ein schwer verdächtiger Mann gestellt. Als er sah, daß an ein Entrinnen nicht mehr zu denken war, gab der Gestellte auf sich zwei Schüsse ab, die in den Körper drangen. Es handelt sich um einen von der Staatsanwaltschaft Hirschberg steckbrieflich verfolgten Ernst Schulz, der schwerverletzt in das Städtische Krankenhaus zu Cottbus eingeliefert wurde.

Hamburg. Strafverfahren gegen einen Gemeindevorsitzenden. Gegen den bisherigen Gemeindevorsitzenden Busch der hamburgischen Landgemeinde Tatenberg ist ein Strafverfahren wegen Amtsunterschlagung eingeleitet. Die unterschlagenen Gemeindegelder werden auf etwa 10 bis 12 000 Rm. geschätzt. Busch ist geständig. Zur Sicherstellung der Ansprüche hat er auf sein Grundstück eine Sicherungshypothek in Höhe von 15 000 Rm. eintragen lassen.

Cuxhaven. Motorfrachtschiff in der Elbmündung gesunken. Das deutsche Motorfrachtschiff „Irene" setzte in der Elbmündung die Notflagge. Das infolge der Kieseladung tiefgehende Fahrzeug hatte auf der hohen See viel Wasser übernommen, so daß die Gefahr des Sinkens bestand. Eine Barkasse der Schiffsabfertigung Elbemündung eilte zu Hilfe herbei und übernahm die Besatzung des gefährdeten Schiffes. Nachdem der Kapitän und der Matrose geborgen worden waren, was bei dem hohen Seegang große Schwierigkeiten bereitete, ist die „Irene" gesunken. Das Fahrzeug liegt in der Einfahrt zum Amerikahafen, bildet jedoch kein Schiffahrtshindernis. Da die Unfallstelle einer starken Versandung ausgesetzt ist, dürfte die Bergung des gesunkenen Schiffes kaum möglich sein.

Kiel. Seeleutestreik in Kiel-Holtenau. Unstimmigkeiten auf dem Hapag-Dampfer „Fehmarn" führten dazu, daß beim Einlaufen des Schiffes in die Holtenauer Schleuse sechs Mann der Besatzung abgemustert wurden. Man stellte Ersatzleute für sie ein, die aber gleich wieder abmusterten, als von ihnen gestellte Wünsche nicht erfüllt wurden. Nunmehr gelang es dem Dampfer „Fehmarn" nicht, nochmals Ersatzleute in Kiel zu bekommen, obwohl hier zurzeit rund hundert Seeleute erwerbslos sind. Es wurden deshalb telegraphisch Seeleute von Hamburg angefordert, die auch von Hamburg mit der Bahn eintrafen und durch den Reichswasserschutz nach Holtenau geleitet wurden. Wegen dieser Maßnahme sind die Kieler Seeleute in den Streik getreten. Sie haben an mehreren Stellen Streikposten ausgestellt, um so die Arbeitswilligen unter Druck zu halten. Zur Zeit dauert der Streik noch fort.

Köln. Die Schwester erdrosselt. In der Nacht hat der in Würselen wohnende 21jährige Simon Lynen seine 16jährige Schwester auf einer Wiese erdrosselt, nachdem er ihr vorher einen Knebel in den Mund gesteckt hatte. Der Täter stellte sich am Vormittag selbst der Polizei. Er gab an, die Tat ausgeführt zu haben, weil er den liederlichen Lebenswandel seiner Schwester nicht länger mit ansehen wollte.

Lohntarifkündigung im sächsischen Steinkohlenbergbau

Zwickau. Der Bergbauliche Verein Zwickau teilt mit: „Um für eine infolge der Preissenkungsaktion der Reichsregierung zu erwartende Lohn- und Preissenkung für alle Fälle freie Hand zu haben, hat der Bergbauliche Verein zu Zwickau die Lohnordnung für den sächsischen Steinkohlenbergbau zum 31. Dezember dieses Jahres gekündigt."

Bluttat im Rossener Zellwald

Döbeln. Auf einem Spaziergang im Zellwald bei Rossen in der Nähe der Talstraße wurde der 22 Jahre alte Student Schulz aus Döbeln und seine Begleiterin aus Rossen von einem unbekannten Mann überfallen. Mit dem Ruf „Hände hoch" und mit erhobenem Revolver trat der Unbekannte aus dem Wald und gab im selben Augenblick einen Schuß ab, der den Studenten in die Bauchhöhle traf. Der am Boden Liegende erhielt noch einen zweiten Schuß in den Kopf. Die Begleiterin wurde von dem Täter zu Boden gerissen und gewürgt. Sie konnte sich jedoch losreißen und lief davon, um Hilfe zu holen. Der schwerverletzte Student konnte sich trotz starkem Blutverlust aufraffen und versuchte sich nach Rossen zu schleppen. Unterwegs wurde ihm ärztliche Hilfe zu teil, und man brachte ihn ins Krankenhaus. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Der Täter ist unerkannt entkommen. Anscheinend handelt es sich um einen Racheakt.

Ueberfall auf eine Bank

Köln, 18. November.

In die Spar- und Darlehnskasse im Vorort Dünnwald drangen gestern abend zwei maskierte Räuber ein, hielten eine allein im Geschäftszimmer anwesende Angestellte mit Revolvern in Schach und raubten 600 RM, worauf sie verschwanden. In der Dunkelheit konnten die Täter unerkanntentkommen. Kurz vor dem Ueberfall war eine größere Geldsumme aus der Bank fortgeschafft worden.

Skandal um Levine.

Wegen Verdachts der Falschmünzerei verhaftet.

Wien, 19. November.

Großes Aufsehen erregt in Wien die plötzliche Verhaftung des Ozeanfliegers Levine, die auf dem Semmering erfolgte, als er gerade nach Italien abreisen wollte. Levine steht unter dem Verdacht, sich mit Falschmünzerei befaßt zu haben.

Levine hat z. B. bei einem Medailleur Stanzformen in Auftrag gegeben, die den französischen Frankenstücken entsprechen. Zu seiner Rechtfertigung gibt der Amerikaner an, sie nur als Spielmarken für einen neu zu gründenden Hasard-Klub in einem französischen Kurort bestellt zu haben.

Deutsch-holländische Grenzschwierigkeiten

Deutsche Moorsiedler bearbeiten irrtümlich holländischen Boden.

Osnabrück, 19. November.

Westlich von Ems ziehen sich bekanntlich endlose Moore hin, die Jahrhunderte brachlagen. Diese Moore, in die sich kein Mensch wagen konnte, wenn er nicht elend umkommen wollte, hatten keine genauen Zeichen für die Markierung der deutsch-holländischen Grenze. Die westlichen Bewohner der Kreise Meppen und Aschendorf stießen in den letzten Jahrzehnten und besonders in den letzten Jahren in riesige Moorkomplexe vor. Einige hundert Menschen fanden hier ihr Brot.

Vor Jahren bereits gab es Stimmen, die der Vermutung Ausdruck gaben, daß der von deutschen Moorsiedlern bearbeitete große Moorkomplex auf holländischem Hoheitsgebiet liegen könne. Diese Befürchtung ist jetzt Wirklichkeit geworden.

In Rhede fand eine Versammlung der Interessenten und Besitzer solcher Moorteile statt. Beauftragte des holländischen Staates waren gleichfalls anwesend. Im Verlaufe der Versammlung ergab sich, daß diese Moorteile, die erst kürzlich durch Verkoppelung und zweckmäßige Aufteilung für eine wirtschaftliche Ausnutzung hergerichtet waren, an Holland zurückfallen müssen. Es gibt dafür allerdings 250 Mark je Hektar für die aufgewandten Mühen und Kosten. Die Entschädigung wird auch etwas dadurch gemildert, daß um Walchum herum auch deutscherseits den Holländern Moor enteignet werden kann.

Folgenschweres Versehen eines Arztes

Bogota, 19. November.

Der Arzt eines Privathospitals in Medellin impfte irrtümlich 49 Kinder mit Diphtheriekulturen anstatt mit Serum. 16 Kinder sind bereits gestorben, die übrigen schweben in Lebensgefahr. Die Polizei bewacht das Haus, da die erregten Eltern der Kinder es zu stürmen drohen.

Kleine Chronik.

260 Millionen Hochwasserschäden in Mährisch-Schlesien. In der letzten Sitzung des mährisch-schlesischen Landesausschusses wurde mitgeteilt, daß nach den amtlichen Schätzungen die Wetter- und Hochwasserschäden in Mährisch-Schlesien 260 Millionen Kronen betragen. Dem Lande stehe zur Deckung dieser Schäden aber nur eine Million Kronen zur Verfügung.

Ueberschwemmungen im Memelstromgebiet. Der übervolle Nemonien-Strom im Memelstromgebiet ist unterhalb des Dorfes Josgallen über den linksseitigen Damm getreten und hat die Dammkrone in einer Breite von etwa 20 bis 25 Metern fortgespült. Die Fluten haben sich meilenweit über die Niederung ausgedehnt. Mit allen Kräften arbeitet man daran, das in den Damm gerissene Loch wieder zu stopfen. Man hat jetzt eine Spundwand gezogen und versucht nun, den Damm mit Sandsäcken abzudichten.

Ein Autobus über die Böschung gestürzt. Auf einer Gebirgsstraße in der Umgebung von Graz stürzte in etwa 1000 Metern Höhe ein Verkehrsauto über die Straßenböschung 15 Meter tief ab und wurde zertrümmert. Von neun Fahrgästen wurden fünf schwer, der Wagenführer und vier Fahrgäste leichter verletzt.

Rekordversuch französischer Flieger. Die französischen Flieger Bossoutrot und Rossi sind in Oran aufgestiegen, um die Dauer- und Streckenhöchstleistung im Rundflug zu brechen. Sie haben bereits 4350 Kilometer in 36 Stunden hinter sich gebracht.

Eifersuchtsdrama im Budapester jüdischen Krankenhaus. Ein aufsehenerregendes Eifersuchtsdrama spielte sich in der Nacht im jüdischen Krankenhause ab. Die 33jährige Pflegerin Rosenthal schüttete in ihrem Zimmer dem Fabrikoberbeamten Altmann aus Berlin Vitriol ins Gesicht. Altmann hat so schwere Verletzungen erlitten, daß er auf beiden Augen erblinden dürfte. Die Einzelheiten dieses Liebesdramas sind bisher noch nicht völlig geklärt. Es steht fest, daß die Pflegerin in der letzten Zeit sehr eifersüchtig auf Altmann war. Die Pflegerin ist geflüchtet und konnte bisher nicht gefunden werden.

Wer den Pfennig nicht ehrt . . .!

Man sagt, wir stehen im Zeichen des Preisabbaus. Es ist bisher noch nicht allzuviel davon zu merken, aber um ihn fühlbar und merklich durchzuführen, haben die Regierungsstellen vorgeschlagen, die Pfennigrechnung wiederzuführen. Gerade beim Lebensmitteleinkauf wird es sich um diese Pfennigrechnung handeln. Es scheint, als hätte man sich des alten und wahren Sprichwortes wieder erinnert: „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert!" Und doch muß man oft beobachten, daß gerade diejenigen Leute, die es am nötigsten hätten, zu stolz sind, mit dem Pfennig zu rechnen. Vielleicht ist auch die hinter uns liegende Zeit, die Periode der Geldentwertung, daran schuld, die alle Pfennigrechnungen und überhaupt jede vernünftige Kalkulation über den Haufen geworfen hat. Nun wieder die Umstellung zur Pfennigrechnung, sie fällt fraglos schwer, aber sie muß sein, im Interesse der Volkswirtschaft. Früher, ach ja ganz früher, das war noch eine Zeit, als die Pfennigsparbüchse noch in hohem Ansehen stand. Jeder Pfennig, dessen man irgendwie habhaft werden konnte, wurde in die Windmühle oder in den Negerkopf gesteckt. Manchen Tag waren es drei Pfennige, an besonderen Tagen sogar vier und fünf Pfennige. Wenn das Jahr dann um war, hatte man in dieser Sparbüchse über zehn Mark. Die jungen Mädchen haben früher mit Leidenschaft Pfennige gesammelt, und es war Sitte, daß von diesen die Brautschuhe bestritten wurden. Ein Pfennig war damals eben Geld, genau so, wie jedes andere größere Geldstück. Man bekam ja für einen Pfennig auch tatsächlich alles mögliche zu kaufen. Eine Zucker- oder Wasserstange, drei Nähnadeln, und für zwei oder drei Pfennig konnte man im Warenhaus einen Fingerhut, ein Stück Band oder einen kleinen Bleistift kaufen. Heute gibt's freilich nichts mehr für diesen Preis zu kaufen, aber wenn sich dieser oder jener Preis nur um einzelne Pfennige reduziert, so macht das im Jahre doch etwas aus. Nicht viel, es steht nicht im Verhältnis zu dem Prozentsatz, der vom Einkommen gekürzt werden soll. Aber würde man alle die durch eine Preisverbilligung eingesparten Pfennige in jene Sparbüchse stecken, man würde sich doch dafür manches Paar Strümpfe oder ein Wäschestück zulegen können. Darum muß aus rein ökonomischen Gesichtspunkten heraus auch heute wieder der Grundsatz gelten: „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert!" H.—

Gefährliche Leidenschaften.

Eigentlich sind ja die meisten Leidenschaften gefährlich; denn ein Sprichwort sagt nicht umsonst: Leidenschaft oft Leiden schafft, Schwächen für Dinge und Handlungsweisen, sie können Menschen, Existenzen und Haus vernichten, aber sie sind Urtriebe, die den Menschen innewohnen, wohl schon so lange, wie sich die Welt dreht. Schon die alten Germanen lagen auf ihren Fellen und würfelten und tranken immer noch eins! Beschränken wir uns zur Charakteristik der gefährlichen Leidenschaften nicht aufs Würfeln und Trinken. In der modernen Großstadt haben die Menschen jetzt Bridge-Leidenschaften, die recht kostspielig werden können, die ganz unsinnigen Leidenschaften für Kokain und andere Rauschgifte, und selbst der gewöhnliche Durchschnittsmensch bezeichnet das Rauchen, das Trinken oder den ständigen Kinobesuch als seine einzige Leidenschaft. Man soll alles tun und alles lassen können! — Wenn man diesen Grundsatz beherrscht, ist man immun gegen alle Leidenschaften; denn was man mäßig betreibt, wird nicht zur Leidenschaft ausarten. Aber gibt es nicht soundso viele haltlose Charaktere, die das, was sie einmal angefangen haben, nie wieder lassen können! Ihre eigene Halb- und Energielosigkeit führt in die Arme der Leidenschaft. Erst einmal eingefangen, kommen sie nicht mehr heraus, und dann beginnt tatsächlich jene Zeit, die Leiden schafft, wo man sich und sein Haus ruiniert. In der Provinz und in den Kleinstädten sieht man an den langen Winterabenden unablässig Leute, die Skat spielen. Ja, es gibt sogar solche, die dieser Beschäftigung vom frühen Nachmittag bis zur späten Nacht nachgehen. Dauerskat, die Leidenschaft der Spielwütigen. Es ist fraglos ein sehr schönes Spiel; denn es gibt ja tausendfache Möglichkeiten, um zu gewinnen oder zu verlieren. Aber wenn es um Riesenumsätze geht, wenn man von der Leidenschaft gepackt ist, partout nur einen Groschenskat zu spielen, dann ist die Sache schon nicht mehr harmlos. Es gibt auch ungefährliche Leidenschaften, aber die kann man eben gar nicht als eigentliche Leidenschaften bezeichnen. Wenn jemand beispielsweise das Bedürfnis hat, täglich von drei bis neun Uhr Ping-Pong zu spielen, so ist das bestenfalls mit mehr oder minder zweckloser Zeitvertreib, aber noch lange keine Leidenschaft. Aber bei den gefährlichen Zeitvertreiben müssen wir darauf bedacht sein, daß sie nicht zur Leidenschaft ausarten.

"Ehrung der „Emden"-Mannschaft. Neben U 9 und seinem Kapitän Weddigen ist im Anfang des Weltkrieges wohl kein Schiff so oft und mit soviel Stolz und Freude genannt worden, wie die „Emden" unter ihrem Kapitän v. Müller. Sie hat den Ruhm der deutschen Flotte bis in die entlegensten Gebiete getragen. Bei Kriegsausbruch die englisch-französische Blockade durchbrechend, gewann sie von Kiautschau aus den Indischen Ozean und begann hier ihre ruhmreiche Kaperfahrt, die alle Welt aufhorchen und mit größter Hochachtung und Bewunderung von diesem deutschen Kriegsschiff und seiner kühnen Besatzung sprechen ließ. Erst am 9. Nov. 1914 gelang es der feindlichen Uebermacht, den deutscher Kreuzer bei den Cocosinseln zu stellen und in Grund zu bohren. Die Ueberlebenden gerieten in englische Gefangenschaft. Der Teil der Besatzung aber, der unten dem 1. Offizier v. Müngge an Land gegangen war, vollbrachte nach dem Untergang der „Emden" eine Glanzleistung, die sich würdig den Taten der „Emden" anreiht. Auf einem Segelschiff „Ayscha" ging es aufs neue in den Ozean und in einem ebenso berühmten wie mühseligen Marsch durch ganz Arabien hindurch schließlich nach Deutschland zurück. Nun ist durch ministerielleen Erlaß den Ueberlebenden das Recht zuerkannt worden, für sich und ihre Nachkommen hinter den Familiennamen den Namen „Emden" führen zu dürfen. Es ist dies eine Ehrung zum bleibenden Gedächtnis an Deutschlands ruhmreichste Zeit.

Der Haushalt von heute stellt an die Hausfrau besonders hohe Anforderungen, denn das Sparprogramm macht auch vor der Küche nicht halt, und es heißt mehr denn je „auskommen mit den vorhandenen Mitteln". Als wahre Freunde erweisen sich auch jetzt die bewährten Maggi-Erzeugnisse (Würze, Suppen und Fleischbrühwürfel). Die Hausfrau, die sie verwendet, spart Geld, Zeit und Arbeit.

Die kluge Hausfrau wird stets die Mittel in ihrem Haushalt verwenden, die am besten und billigsten sind. Zur Wäsche benutzt sie deshalb Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan. Seine Güte und Billigkeit zeigt sich darin, daß 1 Paket Schwanpulver zu 30 Pfg., in 1½ Liter kochendheißem Wasser aufgelöst, 3 Pfund weiße weiche Waschseifenpaste ergibt. 1 Pfund kostet also nur 10 Pfg. Diese Waschpaste ist ausgezeichnet für alle Reinigungsarbeiten in Küche und Haus, ausgezeichnet vor allem auch zum Einreiben besonders schmutziger Wäscheteilen. Jede Hausfrau sollte sich durch einen Versuch von der vorzüglichen Qualität von Dr. Thompson's Seifenpulver überzeugen.

Bücher- und Zeitschriftenschau.

Hans Leip

Der Nigger auf Scharhörn

Roman. In Halbleder gebunden 3,10 RM.
Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg 2.

Ein köstliches Buch, dieser Nigger auf Scharhörn! Es ist die Geschichte zweier Knaben, die einen ganzen Sommer frei und unbeaufsichtigt auf einer weltabgeschiedenen Nordseeinsel verleben. Der eine ist der Sohn eines Hamburger Schaubudenbesitzers, der andere ein schiffbrüchiger Neger eines gestrandeten englischen Dampfers. Die Schilderungen ihrer gemeinsamen Entdeckungsstreifzüge auf der Insel stellen das Buch in die Reihe der besten deutschen Jugendbücher. Mit selbstgebautem Jagd- und Fischgerät frrolchen sie umher, liegen auf den Sandbänken, beschleichen und erbeuten einen Seehund, fischen sich da und dort etwas auf, stöbern den Strand nach angetriebenem Schiffsgut ab, schwimmen, segeln und träumen — von der Sonne beschmort — von fernen Ländern und fremden Häfen, von Abenteuern zu Wasser und zu Lande. Ein herrliches Buch, unbeschwert, schlicht und zauberhaft. Jeder muß es lieben, denn es schlummert ein gut Stück Paradies in ihm, das einst von allen unseren Wünschen und Hoffnungen gesucht wurde, damals, als wir noch Kind waren und unser höchstes Ziel darin sahen, Schiffsjunge zu werden. Ein V.d.B.-Buch ist heute immer ein gern gesehenes Geschenk, das man getrost ungelesen weitergeben kann. Denn in der gewaltigen Anhängerschaft des Volksverbandes der Bücherfreunde, dieses ältesten Buchverbandes, repräsentiert sich das Vertrauen vieler Hunderttausender geistig und künstlerisch anspruchsvoller Bücherliebhaber.

Wie der Schrecken von Hollywood ins Netz ging — Die Verhaftung des Bankräubers — Der geheimnisvolle Kirchenräuber — Er ist schuldig, aber wer beweist es — das sind die Titel der vier außerordentlich spannenden und interessanten Kriminalgeschichten, die die soeben erschienene Nummer 17 der bekannten „Wahren Detektiv-Geschichten" enthält. Das reich illustrierte Heft ist zum Preise von 25 Pfg. überall zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301120-16/fragment/page=0003

Arbeitgeber und Arbeitszeitkürzung

Berlin, 17. November.

Der Vorstand des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands e. V. (Reichsarbeitgeberverband) hat sich mit den Fragen der Lohnpolitik und der Arbeitszeitverkürzung beschäftigt. Die Beratungen hatten folgendes Ergebnis:

Der Vorstand ist aus allgemeinen sozialpolitischen Erwägungen bereit, seinen Mitgliedern als vorübergehende Maßnahme dringend zu empfehlen, daß sie zwecks Einstellung weiterer Arbeitskräfte aus der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich überall einführen, wo die betriebstechnischen und wirtschaftlichen Verhältnisse solche ermöglichen. Wo infolge Arbeitsmangel eine volle Beschäftigung der Belegschaft nicht mehr möglich ist, wird von den einzelnen Verwaltungen erwartet, daß sie, soweit solches möglich, vor Arbeiterentlassung eine Streckung der Arbeit vornehmen. Der Reichsverband wird mit den Gewerkschaften sofort die erforderlichen zentralen Besprechungen aufnehmen. Zugleich sollen die Reichs- und Staatsbehörden ersucht werden, in gleicher Richtung in ihren Betrieben vorzugehen.

Alle Bestrebungen auf Senkung der Preise, besonders auf dem Gebiete des notwendigen Lebensbedarfs, sind nachdrücklichst zu unterstützen. Von den Mitgliedern des Reichsverbandes wird erwartet, daß sie im Zusammenhang mit der in der öffentlichen Wirtschaft und der Privatwirtschaft eintretenden Lohnentwicklung die sich hieraus ergebenden Folgerungen ziehen werden.

Bezüge der deutschen Diplomaten.

Eine Uebersicht des Auswärtigen Amtes.

Das Auswärtige Amt hat dem Reichstag eine Uebersicht über die bei den Auslandsdienststellen beschäftigten Personen und deren Bezüge vorgelegt. Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß eine wesentliche Kürzung der Diplomatengehälter vorgenommen ist. Das Höchstgehalt bezieht der Botschafter in Washington mit rund 126 000 Mark. Es folgen die Botschafter in London und Madrid mit rund 117 000, Moskau 113 000 Mark, die beiden Botschafter in Rom mit rund mit je rund 104 000 Mark, der Botschafter in Tokio mit rund 100 000 Mark und der in Angora mit 96 000 Mark. Ein Botschaftsrat an der Deutschen Botschaft in Washington bezieht immerhin noch 47 000 Mark und der Gesandtschaftsrat 35 000 Mark Jahresgehalt. Eine Stenotypistin an der Botschaft in Washington erhält 8130 Mark im Jahr.

Bei den Gesandtschaften I. Klasse

steht am höchsten im Kurse die Gesandtschaft in Buenos Aires. Der Gesandte bezieht 127 000 Mark Jahresgehalt, also mehr als eine Anzahl von Botschaftern. Es folgen in der finanziellen Reihenfolge dann Peking mit rund 75 000 Mark, Rio de Janeiro mit 74 000 Mark Jahresgehalt. Der Gesandte in Warschau bezieht 65 000 Mark, der in Wien 64 000 Mark, der in Stockholm 53 000 Mark im Jahr.

Von den Gesandten II. Klasse

ist am höchsten dotiert die Gesandtschaft in Teheran mit 62 000 Mark Jahresgehalt. Es folgt der Gesandte in Kairo mit 54 000 Mark, Montevideo mit 50 000 Mark, während andererseits ein deutscher Gesandter in Kowno nur 33 000 Mark und der Gesandte in Luxemburg nur 28 000 Mark beziehen.

Von den Generalkonsulaten I. Klasse

steht der Generalkonsul in Neuyork am höchsten mit 54 000 Mark, es folgen Kalkutta mit 51 000 Mark; der Generalkonsul von Danzig ist im Etat mit rund 31 000 Mark veranschlagt. Von den übrigen Generalkonsulaten ist wiederum, entsprechend den Teuerungsverhältnissen in den Vereinigten Staaten das Generalkonsulat in Chikago am höchsten dotiert und zwar mit 46 000 Mark. Der erste Vizekonsul bezieht im Jahre 24 000 Mark. Auch die Generalkonsuln in Japan und Indien sind entsprechend den dortigen Lebensverhältnissen höher als eine Reihe europäischer Generalkonsuln eingesetzt.

Von den Konsuln

bezieht das Höchstgehalt der Konsul in Boston mit rund 39 000 Mark. Auch bei den Gehältern der Konsuln sind die Unterschiede ziemlich auffallend. Während auch der Konsul in Cleveland nur 39 000 Mark bezieht und nur wenig über seinen Kollegen in Atlanta, Bombay, New Orleans, St. Louis und Philadelphia, steht, erhält ein Konsul in Basel nur rund 17 000 Mark, in Bordeaux 16 000 Mark, in Graz 15 000 Mark, in Krakau 14 000 Mark und in Innsbruck nur 13 000 Mark Jahresgehalt.

Die Wahrheit bricht sich Bahn.

Newyork, 17. November.

Die deutsch-amerikanische Gemischte Kommission hat den zweiten großen Sabotageprozeß, der jahrelang schwebte, und in dem gegen das Deutsche Reich Schadenersatzansprüche in der Höhe von etwa 40 Millionen Dollar geltend gemacht wurden, zugunsten Deutschlands entschieden.

In dem ersten der beiden Prozesse, der unter dem Namen „Black Tom-Fall" bekannt ist, handelt es sich darum, daß am 13. Juli 1916 auf dem Frachtbahnhof einer amerikanischen Eisenbahngesellschaft im Hafen von Newyork eine große Explosion zahlreicher mit verschiffungsbereiter Munition beladener Eisenbahnwagen stattfand. Der zweite Prozeß, der sogenannte „Kingsland-Prozeß", bezog sich auf die Zerstörung einer Munitionsfabrik, die am 11. Januar 1917 in dem nahe von Newyork gelegenen Orte Kingsland erfolgte. In beiden Fällen wurde von den Geschädigten die Behauptung aufgestellt, die Zerstörungen seien das Werk deutscher Agenten gewesen, die von deutschen amtlichen Stellen den Auftrag erhalten hätten, Sabotageakte in den Vereinigten Staaten auszuführen. In den Gründen der Entscheidung stellt die Kommission ausdrücklich fest, daß im Kingsland-Fall die Explosion nicht von deutschen Agenten verursacht worden ist, und daß im Black Tom-Fall das gesamte von den Klägern beigebrachte Beweismaterial bei weitem nicht ausreiche, die Richter zu überzeugen, daß die Explosion deutschen Agenten zur Last gelegt werden könne.

Die Bahn Kattowitz – Gdingen.

Eine politische Linie.

Danzig, 18. November.

Die erste Teilstrecke der polnischen „Kohlenmagistrale" ist nun dem Verkehr übergeben worden. Die Bahn, die, Danziger Gebiet meidend, Kattowitz mit Gdingen verbinden soll, dem in amerikanischem Tempo gegen Danzig ausgebauten polnischen Hafen, hat mehr politischen als wirtschaftlichen Sinn, wie eben auch Gdingen selbst. Sie ist der sichtbare Ausdruck einer Konzeption der polnischen Politik, die unter dem Schlagwort von der „Nord-Süd-Linie" begriffen wird: Zentralmacht zu sein zwischen Balkan und Baltikum. Das bedeutet andererseits: Durchkreuzung der östlich-westlichen Richtung.

Die natürlichen ökonomischen Bedingungen widersprechen solchen Ideen; sie verweisen die Wirtschaft Polens vornehmlich über die trockene Grenze. Indessen, die politischen Erwägungen sind mächtiger, und das wurde auch bei den Einweihungsreden nicht verborgen. Die Magistrale wurde da auch als Schützengraben gefeiert, mit Gdingen als Brückenkopf vor der rechten Flanke; als eine strategische Rochadestrecke an der westlichen Grenze. Wieder einmal wird die ungeheure Schwierigkeit des Korridorproblems klar und die Primitivität gewisser Auchpolitiker, die es aktualisieren möchten, wobei sie überdies nicht sehen, daß ganz etwas anderes aktuell ist, nämlich eine positive Politik nach dem Osten mit dem Ziele, das Absatzgebiet für die deutsche Industrie zu erweitern. Was den Korridor betrifft, so genügt fürs erste der deutliche Vorbehalt, der in der Tatsache liegt, daß Deutschland kein „Ostlocarno" eingegangen ist und nie eingehen wird.

Zweimal zum Tode verurteilt.

Breslau, 18. November. **Das Breslauer Schwurgericht verurteilte den 29jährigen Hausdiener Paul Schiewek wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Schiewek hatte im Januar 1928 die Prostituierte Marie Kristen aus Breslau und im Februar 1930 seine von ihm getrennt lebende Ehefrau auf bestialische Weise getötet. Da es sich um zwei Lustmorde handelte, wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt.**

Etwa 50 Todesopfer in Lyon?

Paris, 18. November. **Die Zahl der Todesopfer der Einsturzkatastrophe in Lyon wird nunmehr auf etwa 50 geschätzt. 32 Opfer stehen bisher fest: 19 Feuerwehrleute, 5 Polizisten, 6 Frauen und 2 Kinder. Man hat jedoch Grund zur Annahme, daß unter den Trümmern noch etwa 18 Leichen liegen, darunter Algerier, die in einem der Hotels wohnten.**

Englische Anleiheverhandlungen in Paris?

Newyork, 18. November. **Der Berichterstatter der „New York Times" meldet aus Paris, daß die Bank von England mit der Bank von Frankreich zwecks Aufnahme eines Kredits in Höhe von einer Milliarde Dollar zugunsten Englands verhandle.**

Schwere Wirbelstürme in Amerikas Südstaaten.

Newyork, 18. November. **Aus den amerikanischen Südstaaten werden mehrere schwere Wirbelstürme gemeldet, die furchtbare Verheerungen anrichteten. Bisher werden zwölf Tote und zahlreiche Verletzte gemeldet. Der Sachschaden soll sehr groß sein. Einzelheiten stehen noch aus, da die Telephon- und Telegraphenleitungen vielfach zerstört sind.**

Bekanntmachung.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Reinhold Träger in Weißenschirmbach beträgt zur Schlußverteilung die Summe der Forderungen 34 626,27 RM., der zur Verfügung stehende Massebestand 36 971,39 RM.

Querfurt, den 17. November 1930.

Der Konkursverwalter. Rich. Nagel.

Unsern Kindern ein rechtes Vaterhaus!

GdF Vortrag

am 21. November 1930 in Nebra im Saal des „Schützenhaus".

über 153 Millionen Baugeld wurden in 5½ Jahren für 10 134 Eigenheime bereitgestellt. Unkündbares Baudarlehen zu 4 % Zins. Rücklagen 6 Millionen RM.

Bausparkasse
Gemeinschaft der Freunde
Gemeinnützige G. m. b. H.
Wüstenrot-Ludwigsburg (Württ.)
Geschäftsstelle Erfurt,
Mömpelgardterstraße 4b.

Eintritt frei! Beginn 8 Uhr!

Auskunft erteilt kostenlos der Vertrauensmann **Alfred Schumann, Sangerhausen,** Poetengang 3

Weltruf haben die **Absatz-Ferkel** der berühmten schweren westfälischen sowie hannoverschen Rasse, seuchenfrei, langgestreckt, mit Schlappohren, die bestes zur Zucht und Mast. Liefere hiervon jeden Posten reell unter Nachnahme. Offeriere freibleibend:

6—8 wöch. 9—14 Mk. 8—10 wöch. 14—19 Mk.
10—12 wöch. 19—25 Mk. 12—15 wöch. 25—32 Mk.

Größere nach Gewicht billigst. Garantie für prima Tiere, beste Fresser sowie völlig gesunde Ankunft nach 10 Tage nach Empfang. Es kommen nur allerbeste, direkt vom Züchter stammende Tiere zum Versand, daher widerstandsfähig. Verpackung wird berechnet, aber auch zurückgenommen. Viele Dankschreiben und Anerkennungen beweisen die streng reelle Lieferung. Bitte genaue Bahnstation angeben.

Heinrich Justus, Ferkelversand
Schloß Holte i. Westf. Fernruf 53
Zweitgrößtes und ältestes Geschäft am Platze.

Treue Freunde

sind Westermanns Monatshefte jedem Gebildeten, jedem, der einmal Besitzer dieser Schriften, in Inhalt und Ausstattung von keiner Seite übertroffenen Monatsschrift geworden ist. Wer Sinn für kulturelle Werte hat, der greife zu den ausgezeichneten Heften. Gute Romane und Novellen namhafter Verfasser geben zusammen mit Kunst und einfarbig bebilderten Aufsätzen mannigfache Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft kostet 2 Mark. Als ein Bestandteil der Hefte wird ein Atlas in monatl. Teillieferungen geboten.

Ein Probeheft von Westermanns Monatsheften wird Ihnen bei Einsendung von 30 Pf. für Porto durch den Verlag Georg Westermann, Braunschweig, ohne irgendeine Verpflichtung für Sie zugesandt. 7

Name: .....

Beruf: .....

Adresse: .....

Heute:
Frische
Fettbücklinge
Ww. Meitz.

Bleiche im Hause

Machen Sie sich unabhängig vom Regenwetter, unabhängig von jeder Rasenbleiche. Verwenden Sie zum Bleichen

Seifix

Durch Seifix erhalten Sie eine blendend weiße, unverdorbene Wäsche. Dazu beseitigt Seifix bestimmt alle Obst-, Wein-, Kaffee-, Kakaoflecken usw. Seifix wäscht und bleicht — unerreicht.

Seifix wird hergestellt in den **Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver** G. m. b. H., Düsseldorf.

Bekanntmachung.

Für den Stadtbezirk Nebra ist ein Ziegenbock des Oberstars Hermann Müller, Lämmergasse, zum Decken fremder Ziegen zugelassen worden.

Andere Ziegenböcke dürfen zum Decken fremder Ziegen **nicht** verwandt werden. Bei Zuwiderhandlungen machen sich die Bock- und Ziegenhalter strafbar.

Nebra, den 18. November 1930.

Der Magistrat. Meitz.

Schöne weiße Zähne

Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine größte Anerkennung und vollste Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpaste" zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont" schon seit Jahren und werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste" erreicht habe. E. Reichelt, Sch..... Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf. Verlangen Sie aber echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

KLEIN **TORPEDO** FÜR BÜRO, REISE UND HEIM!

STABIL, LEICHT UND HANDLICH • BESONDERS GEEIGNET FÜR REISENDE, ÄRZTE, SCHRIFTSTELLER, GEWERBETREIBENDE USW.

TORPEDO FAHRRÄDER - SCHREIBMASCHINEN
WEILWERKE A.-G., FRANKFURT A. M.-RÖDELHEIM

Druckschrift 10013 kostenlos
Bequemste Ratenzahlungen bis zu 12 Monaten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301120-16/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 138 Donnerstag, den 20. November 1930 43. Jahrgang

Amerika und die Kriegsschulden.

Es läßt sich nicht mehr darüber streiten, daß Dr. Schacht den richtigen Weg ging, als er in den Vereinigten Staaten eine Propaganda für die Beseitigung der Reparationen begann. Die Youngabmachungen können nur durch das Entgegenkommen Amerikas beseitigt werden, nur der Verzicht Amerikas auf seine Kriegsschuldforderungen kann die Reparationsmächte bestimmen, ihre Reparationsforderungen zu streichen. Nun hat die Weltwirtschaftskrise weiter den Beweis erbracht, daß es volkswirtschaftlicher Unsinn sei, wenn ein Land Kassierer der gesamten Welt bleibt, alle anderen Länder Zahlungen an ein Land richten, ihre Kaufkraft verringern und in Amerika Milliarden aufgehäuft werden, die dem Weltmarkt fehlen. Diese Erkenntnis liegt so nachdrücklich vor, daß eigentlich kein Wort mehr darüber zu verlieren ist. Nun müßte man annehmen, daß in den Vereinigten Staaten alles getan wird, um die Weltwirtschaftskrise zu beseitigen, daß heißt, daß die einfließenden Gelder entweder außerordentlich billig auf den Geldmarkt ausgeschüttet werden oder auf diese Einnahme ohne Gegenleistung überhaupt verzichtet wird.

Interessant ist es, aus den vorliegenden Aeußerungen maßgebender Amerikaner sich ein Bild von der wahren Auffassung in den Vereinigten Staaten zu machen. Es schaut nicht so aus, als ob Amerika in naher Zeit einen Finger rührt, um den weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten nachzukommen; denn die amerikanische Politik habe sich nach Ansicht der amerikanischen Wirtschaftsführer ein für allemal festgelegt. Präsident Hoover erklärte, Amerika denke nicht daran, auf seine Kriegsschuldforderungen zu verzichten und dadurch die Reparationsfrage neu in Fluß zu bringen. Und wie der Präsident, so vertreten auch der amerikanische Senat und das Repräsentantenhaus die Auffassung, wie sie vom Präsidenten skizziert wurde. Die Politik wird demnach ihre Stellung nicht eher ändern, bis entweder eine europäische Wirtschaftskatastrophe eine andere Auffassung aufdrängt oder die Neuwahl eines Präsidenten eine andere Richtung gebietet. Von der amerikanischen Politik, die sich zudem in die europäischen Verhältnisse einmischen will, haben wir keine Unterstützung zu erwarten.

Dagegen nimmt die amerikanische Industrie eine andere Stellung ein. Sie hat bereits erkannt, daß die Ueberjättigung Amerikas mit Geld die Kaufkraft der Welt beeinflussen müsse, und sie sagt sich, es wäre besser, Amerika könnte auf die Forderungen an Frankreich, England, Italien, Belgien verzichten, um die Welt kaufkräftiger auch für die amerikanische Produktion zu machen. Doch haben diese Erkenntnisse auf die Politik bisher keinen Einfluß gehabt und werden auch keinen Einfluß erlangen, so daß von Amerika in absehbarer Zeit nichts zu erwarten ist. Es hat aber den Anschein, als ob die amerikanische Industrie die deutsche Propaganda auf ein Moratorium und eine Revision der Reparationen fördert, dahin fördert, daß zunächst wenigstens in Europa die Frage spruchreif wird und sich bis zur Einberufung einer Konferenz verdichtet. Dann, meint man, werde die amerikanische Regierung eine Einladung zur Teilnahme nicht ausschlagen, wenn auch nicht gesagt werden kann, wie sie sich schließlich verhalten werde.

Es ist gut, wenn man diese Anschauungen Amerikas kennen lernt, denn sie lehren uns, daß wir noch viel zu tun haben, und welcher Weg einzuschlagen ist. Jedenfalls müssen wir erkennen, daß kein Grund zu großem Optimismus vorliegt und es besser ist, abzuwarten und weiterzuarbeiten, als Gewaltmaßnahmen zu propagieren. Letzten Endes ist und bleibt Amerika das Land, das zunächst seine Auffassung ändern muß, der Kassierer, der zu erkennen geben muß, daß er genug Geld besitzt und es für ratsam hält, wenn die europäischen Länder nicht weiter von Mitteln entblößt werden, die ganz unproduktiv sind und die die Wirtschaft ankurbeln könnten. Man hat immer von dem großen Einfluß der amerikanischen Industrie auf die amerikanische Regierung gesprochen. In der Schuldenfrage zeigt sich, daß die Industrie gegen einmal gefaßte Beschlüsse ohnmächtig ist. Und wieder müssen wir erleben, daß die amerikanische Politik wohl die stabilste Politik der Welt ist. Denn einmal gefaßte Beschlüsse, einmal erlassene Proklamationen bleiben unabänderlich. Es gibt keinen Präsidenten, der sich selbst korrigiert, kein Parlament, das sich gegen den Präsidenten auflehnt und plötzlich zu einer anderen Einstellung kommt. Dabei ist durchaus nicht gesagt, daß die amerikanische Politik die wahren Ursachen der Weltwirtschaftskrise nicht sieht.

Amerikaner raten selbst, Deutschland müsse die Trommel rühren, müsse versuchen, in Europa Erfolg zu haben, dann werde allmählich die Stimmung in Amerika beeinflußt. Es dürfte daher nicht falsch sein, wenn wir unsere Forderung auf Revision der Reparationen immer weiter betonen. Dabei können wir uns auch klar werden und müssen es auch zugeben, daß alle Parteien und Richtungen in Deutschland das gleiche wollen. Bei diesen oder jenen mag die Art der Propaganda übers Ziel schießen. Der Wille und die Einsicht, daß Deutschland von den Reparationslasten befreit werden muß, allein ist maßgebend, und dieser Wille sollte die Tragkraft haben, daß er selbst die sturre amerikanische Politik einmal beeinflussen kann.

Neuordnung Europas.

Das Programm der Revisionsbewegung.

Budapest, 19. November.

Ueber die Ziele der ungarischen Revisionsbewegung veröffentlicht deren Führer Géza Lukas nunmehr eine programmatische Erklärung, der im Zusammenhang mit dem Verlauf der außenpolitischen Aussprache in der französischen Kammer und dem Gang der Verhandlungen auf der gegenwärtig tagenden Genfer vorbereitenden Abrüstungskonferenz besondere Bedeutung zukommt. Die Erklärung besagt:

Der Friede Europas ist durch die Friedensverträge von Versailles, Trianon, Neuilly und St. Germain nicht gewährleistet.

Kein europäischer Staatsmann hat diese Tatsache in beredteren Worten festgestellt als der französische Außenminister Briand. Seine bekannte Denkschrift macht den europäischen Völkern den Vorschlag, sich zu einigen und zu verständigen. Damit hat der Leiter der französischen Außenpolitik zugegeben, daß die großen Gegensätze, die die Völker Europas voneinander trennen, trotz der Verträge, trotz des Völkerbundes und trotz des Kriegsächtungspaktes nicht ausgeglichen sind. Diese Tatsache bildet auch die Grundlage der Bestrebungen der Revisionisten. Die Revisionisten sind der Meinung, daß die seinerzeit von Wilson versprochene Freiheit so wenig wie dem einzelnen Individuum, so wenig auch den Völkern durch Kongresse oder einzelne Machthaber versprochen werden kann. Ein Kongreß kann nur die Wege zu diesem Ziele ebnen, und diese hohe Aufgabe hätte einer neuen Friedenskonferenz zuzufallen, die von den Anhängern des Revisionsgedankens erstrebt wird.

Das zerrissene Europa ruft nach internationaler Ordnung, die Staaten rufen nach nationalem Aufbau. Die Fesseln unnatürlichen Staatsbildungen drohen zu zerspringen.

Die Erstarkung des Staatsgedankens auf nationaler Grundlage und die dieser Grundlage entsprechende Politik realer Interessenverfolgung ist der Weg, den die Staaten bei der Anknüpfung internationaler Beziehungen zu gehen haben. Als man den Völkern Europas den Frieden versprach, versprach man ihnen auch politische Sicherheit und nationale Selbständigkeit. Auch diese Versprechungen blieben auf dem Papier. Das Hauptziel der Souveränitätsbestimmung eines Gebietes sollte die nationale Sicherheit sein, die im Leben eines Staates dieselbe führende Rolle spielt wie das Prinzip der Selbsterhaltung im Leben des Individuums. In dem Kampf um die nationalen Grenzen wird uns ein fundamentaler Grundsatz leiten, wonach

Länderbesitz, der sich vor den Gesetzen der Natur und den Zwecken einer planmäßig sich gestaltenden Welt nicht rechtfertigen läßt, auf die Dauer nicht zu halten

ist. Die heutige geographische Einteilung Europas läßt sich vor diesem Grundsatz nicht rechtfertigen. Setzt man aber die nationale Sicherheit als den ausschlaggebenden Faktor bei der Regelung territorialer Fragen als gegeben an, so wird nur durch Verwirklichung dieses Grundsatzes auch die Frage der strategischen Sicherheit zu lösen sein. Die Sicherheit aller einzelnen europäischen Nationen wiederum ist die Grundlage der allgemeinen Sicherheit der europäischen Ordnung.

Darum wird die Hauptaufgabe eines neuen Friedenskongresses in der Herstellung des europäischen Gleichgewichts liegen.

Das System des Gleichgewichts der Kräfte konnte, solange es bestand, Kriege verhindern; nur durch seine Zerstörung werden Kriege möglich. Solange sich die europäischen Machtverhältnisse nicht im Gleichgewicht befinden, wird stets eine geheime Tendenz gegen das Monopol von Einfluß und Herrschaft, dessen sich eine Machtgruppe bemächtigt hat, die herrschende Stimmung unter den übrigen Nationen sein.

Die badischen Wahlen.

Große nationalsozialistische Gewinne.

Karlsruhe, 18. November.

Die Kommunalwahlen in Baden sind überall ohne Zwischenfälle verlaufen. Während in den großen Städten die Wahlbeteiligung nicht weit über 50 Prozent hinausgekommen ist, beträgt sie in einigen mittleren Städten und auf dem flachen Lande bis zu 72 Prozent.

Die Gewinnenden in diesem Wahlkampf sind fast ausschließlich die Nationalsozialisten und der Evangelische Volksdienst. Im allgemeinen haben infolge der geringen Wahlbeteiligung alle Parteien gegenüber den letzten Reichstagswahlen einen Stimmenverlust zu verzeichnen, der sich am empfindlichsten bei den bürgerlichen Mittelparteien und den Deutschnationalen auswirkt.

Das Zentrum hat sich gehalten. Auch die Wirtschaftspartei hat im allgemeinen nicht ungünstig abgeschnitten mit Ausnahme von Freiburg, wo sich die Zahl ihrer Sitze im Bürgerausschuß von 14 auf 5 verminderte. Schwere Verluste haben zum Teil die Sozialdemokraten zu verzeichnen, so in Mannheim rund 10 000 Stimmen (fast 30 Prozent) und in Karlsruhe etwa 9000 Stimmen (über 40 Prozent) bei einer Verminderung der Stadtverordnetensitze von 24 auf 18.

Auch Mecklenburg wählte.

Gewinne der bürgerlichen Parteien.

Rostock, 17. November.

Die Kommunalwahlen in beiden Mecklenburg haben ein beträchtliches Ansteigen der bürgerlichen Mandate gebracht. Auch die Nationalsozialisten konnten neue Erfolge erringen. Ein leichter Rückgang ist bei den Sozialdemokraten festzustellen.

So sind z. B. in Schwerin die Ziffern der Sozialdemokraten von 2003 auf 1848 zurückgegangen. In Schwerin werden die Nationalsozialisten die stärkste Fraktion der Rechten mit 6513 gegen 5133 Stimmen bei den Reichstagswahlen im September.

In Rostock zeigt sich bei den Sozialdemokraten ebenfalls ein Mandatsverlust von drei Abgeordneten, während die Nationalsozialisten, die bisher im Stadtparlament nicht vertreten waren, mit 15 Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlung einziehen. Bei den letzten Reichstagswahlen wurden für die Nationalsozialisten 8175 Stimmen abgegeben, bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen 9280.

In Wismar gewannnen die Sozialdemokraten annähernd 600 und die Nationalsozialisten rund 800 Stimmen, während die bürgerlichen Parteien eine entsprechende Einbuße erlitten.

Volkstagswahl in Danzig.

Danzig, 18. November.

Am Sonntag fanden bei starker Beteiligung die Wahlen zum Danziger Volkstag statt, die ohne Zwischenfall verliefen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 85 Prozent.. Die Nationalsozialisten können auf Kosten der übrigen Parteien einen beträchtlichen Stimmenzuwachs verzeichnen.

ng der Zahl der
ag haben die
bzw. -verlust
geben die für
von 1927 umge-

1930:

19	(— 6)
10	(— 5)
11	(+ 0,2)
7	(+ 2,8)
2	(— 2,2)
3	(— 0,6)
1	(— 1,4)
2	(+ 0,2)
2	(+ 0,2)
0	(— 0,6)
0	(— 0,6)
12	(+ 11,4)
1	(+ 1,0)
—	—
—	—
2	(+ 2,0)

Sejm.

Pilsudski.

19. November.

chen Endergebnis
Parlament künftighin wie folgt zusammensetzen: Pilsudski-Block 248 Sitze, Demokratischer Linksblock 80, Christliche Demokraten 14, Nationaldemokraten 64, Ukrainer 21, Deutsche 5, Juden 7, Kommunisten 5 Sitze.

Die deutsche Liste hat in folgenden Wahlkreisen je ein Mandat behauptet: Königshütte, Kattowitz, Teschen, Samter und Bromberg. In folgenden Kreisen ist je ein Mandat verlorengegangen: Königshütte, Kattowitz, Teschen, Gnesen, Bromberg, Dirschau, Graudenz, Thorn, Wloclawek, Konin, Lodz-Land, Lemberg-Land. Dies bedeutet also, daß fünf Bezirksmandate behauptet und zwölf verlorengegangen sind. Ohne Berücksichtigung der brutalen Wahlbedingungen muß der Umstand in Betracht gezogen werden, daß ja die deutsche Liste in den Kreisen Graudenz und Wloclawek wegen irgendwelcher sogenannter formaler Verstöße gar nicht zugelassen worden ist. Die beiden Mandate auf der Staatsliste mußten natürlich auch verlorengehen, weil ja die erforderliche Grundzahl von sechs Bezirksmandaten nicht erreicht worden ist. Die beiden in Lodz gewählten deutschen Sozialisten, die früher als Hospitanten auf den Bänken bei den polnischen Sozialisten saßen, haben ihre Mandate verloren.

Kein Rückgang des Deutschtums.

In Berlin wird das Ergebnis der Wahlen in Polen naturgemäß lebhaft besprochen. Nach dem den Wahlen vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301120-16/fragment/page=0005